

»Ich trauere, aber ich bereue nichts«

Der palästinensische Journalist Ahmed Abu Artema aus Gaza hat die jüngsten Proteste an der Grenze zu Israel organisiert. Trotz der vielen Todesopfer will er weitermachen

DIE ZEIT: Herr Abu Artema, Sie haben zu den Demonstrationen an der Grenze des Gazastreifens zu Israel aufgerufen. Zur Bilanz gehören mehr als hundert Tote durch die Scharfschützen der israelischen Armee. Sie wussten, dass die Teilnehmer sich in Gefahr begeben würden. Bereuen Sie Ihren Aufruf?

Ahmed Abu Artema: Ich trauere um jedes Opfer, aber ich bereue nichts. Man kann die Initiative zu diesem Protest und die Art, wie er sich dann entwickelte, nur verstehen, wenn man sie im Rahmen unserer Realität im Gazastreifen betrachtet. Wir leben unter israelischer Blockade. Es fehlt am Nötigsten. Die Wirtschaft liegt brach, die gesundheitliche Lage ist schlecht. Menschen sterben hier deswegen. Junge Menschen sind ohne Arbeit, ohne Zukunftsperspektive, ohne Hoffnung. Wir können uns hier kein Leben aufbauen, aber weggehen können wir auch nicht. Es ist ein Gefängnis unter freiem Himmel. Wir haben keine andere Wahl, als uns dagegen zu wehren. Für mich ist friedlicher Massenprotest der einzig mögliche Weg, um an unserer Situation etwas zu ändern. Nichts anderes haben wir getan: als Palästinenser an den Gittern unseres Gefängnisses zu rütteln.

ZEIT: Das erklärte Ziel der Demonstrationen ist die »Rückkehr« der palästinensischen Flüchtlinge in ihre Heimatdörfer – im heutigen Israel. Das ist kaum realistisch, und es schreckt auch alle auf, die um Israels Existenz besorgt sind. Warum etwas fordern, das nicht erfüllbar ist?

Abu Artema: Wir fordern die Rückkehr, weil es unser Recht ist. Die meisten Menschen in Gaza sind Flüchtlinge. Es sind Palästinenser, deren Familien vor 70 Jahren vertrieben wurden. Das Recht auf Rückkehr ist durch UN-Resolutionen verbrieft, es ist internationales Recht. Israel weigert sich, das anzuerkennen. Wir wollen frei, selbstbestimmt und in Würde leben, so wie der Rest der Welt auch. Die Besatzung ist ein anormaler Zustand, und dass sie schon so lange andauert, macht sie kein bisschen normaler. Genau das haben wir mit dem »Marsch der Rückkehr« erreicht: Wir haben der Welt klargemacht, dass wir hier unter Besatzung leben, nicht in der Normalität.

ZEIT: Der Marsch ist aber nicht friedlich geblieben. Es wurden Drachen mit Molotowcocktails über die Grenze geschickt. Einzelne haben versucht, mit Waffen den Zaun zu überwinden. Die in Gaza regierende Hamas, die in Israel und in der EU als Terrororganisation eingestuft wird, hat erklärt, die Hälfte der Toten seien ihre Leute gewesen. Haben Sie zugelassen, dass Ihr Protest gekapert wird?

Abu Artema: Der Marsch war explizit als friedlicher Protest konzipiert. Wir haben uns bewusst dazu entschlossen, ihn für alle zu öffnen, auch für jede politische Gruppe, die sich dem Konzept anschließen wollte. Das schließt Hamas ein. Es ist doch gut, wenn sie sich zu einer friedlichen Form des Protestes bekennt. Wir als Koordinatoren haben uns die ganze Zeit dagegen ausgesprochen, dass irgendeine

Form von Bewaffnung stattfindet. Die Bewegung ist jedoch so groß geworden, dass wir nicht überall sein konnten, um die Menschen davon abzuhalten. Wir wollten eine gesellschaftliche Bewegung starten. Der »Marsch« hat erreicht, dass sämtliche politischen und zivilgesellschaftlichen Kräfte sich hinter die Idee des friedlichen Widerstands versammeln. Wir Initiatoren vertreten unsere Werte so deutlich, wie es nur geht.

ZEIT: Hamas ist eine autoritäre und repressive Kraft in Gaza, sie ist streng religiös und befürwortet den bewaffneten Kampf. Das steht den Werten, von denen Sie sprechen, diametral entgegen.

Abu Artema: Ich habe in der Vergangenheit selbst Probleme mit Hamas bekommen für das, was ich geschrieben habe. Politische Gruppen wie Hamas genießen deshalb bei uns so viel Unterstützung, weil die Palästinenser ihnen mehr als anderen zutrauen, der Besatzung die Stirn zu bieten. Ich wünschte, die Zivilgesellschaft und der gewaltlose Widerstand wären stärker. Aber das wird nicht möglich sein, solange sich die humanitäre Lage nicht verbessert. In Gaza herrscht eine Atmosphäre der Verzweiflung. Die Menschen sehen sich mit dem Rücken zur Wand. Ihnen fehlt der Raum zum Reflektieren, den es braucht, um

einen politischen Weg mit Bedacht zu wählen. Übrigens sollte auch Israel ein Interesse daran haben, den friedlichen Weg des Widerstands zu fördern. Stattdessen begegnet man gewaltlosen Initiativen mit militärischer Gewalt. Mehr als hundert Menschen wurden getötet, ohne dass zu irgendeinem Zeitpunkt israelische Soldaten ernsthaft in Gefahr waren. Israel will Hamas bekämpfen? Schön. Warum dann durch die Gewalt der Armee Palästinenser in den bewaffneten Widerstand treiben?

ZEIT: Palästinenser sprechen von Märtyrern, auch wenn es um die Toten bei den von Ihnen angestoßenen Protesten geht. Der Begriff verherrlicht das Sterben. Ist es nicht Zeit, dieses Denken zu überwinden?

Abu Artema: Palästinenser lieben das Leben wie alle anderen Menschen auch. In den Zeltstädten, die zum »Rückkehrmarsch« aufgebaut wurden, wurden Hochzeiten gefeiert, Künstler und Clowns sind aufgetreten. Es waren ganze Familien da. Wir heißen das Sterben nicht gut. Aber die Sicht darauf wird von den politischen Umständen geformt. Die Palästinenser haben einen hohen Preis bezahlt unter der Besatzung. Zehntausende sind gestorben, verwundet oder verhaftet worden. Um mit so etwas umzugehen, entwickeln Menschen Abwehrmechanismen. Um mit der

Tragödie zurechtzukommen, betonen sie die Gerechtigkeit ihrer Sache und das Heldentum der Opfer. Viele von denen, die in den vergangenen Wochen getötet wurden, waren junge Männer, frisch verheiratet, nicht die Ärmsten. Was sie angegraben hat, war Gerechtigkeitssinn.

ZEIT: In Gaza kennt jetzt fast jeder Ihr Gesicht. Was sagen Ihnen die Leute, die Sie auf der Straße treffen?

Abu Artema: Die Menschen, die ich treffe, sind stolz auf den Marsch. Sie sehen ihn als Sieg des Träumens und der Jugend. Es wird darüber diskutiert, ob und wie man die Strategie verändern und verbessern sollte, und ich finde diese Diskussionen sehr wichtig. Insgesamt ist mein Eindruck, dass die Öffentlichkeit die Idee sehr unterstützt, und es vor allem darum geht, wie man die Zahl der Toten und Verletzten senken kann. Ich mache weiter. Jetzt tausche ich mich mit meinen Freunden darüber aus, wie wir den zivilen Widerstand effektiver machen können, und ich hoffe, wir finden die nötige Unterstützung für diesen Weg. Es kann keine wahre Stabilität und keinen Frieden geben, solange den Palästinensern ihre Rechte verweigert werden, solange sie kein normales Leben führen können wie der Rest der Welt. Viele Menschen, die an dem Marsch teilgenommen haben, werden wieder auf die Straßen gehen.

Die Fragen stellte **Lea Frehse**



Ahmad Abu Artema, 33, lebt im Gazastreifen

ANZEIGE

WIR WECKEN POTENZIALE TÄGLICH UM 5 UHR.

bundeswehr karriere.de

MACH, WAS WIRKLICH ZÄHLT.

Bundeswehr

So baut man eine Einflusssphäre

China kauft Hightechfirmen und schafft so die Infrastruktur für ein eigenes Globalisierungsmodell. Deutschland ringt um eine Gegenstrategie **VON PETRA PINZLER, MARK SCHIERITZ UND ZACHARIAS ZACHARAKIS**

Das Treffen war von langer Hand vorbereitet. Etwa zwei Dutzend Ministerialbeamte, Wissenschaftler und Wirtschaftsvertreter kamen vor drei Wochen auf Schloss Zieten bei Oranienburg zusammen, um nach der Antwort auf eine Frage zu suchen, von der man eigentlich hoffte, dass sie sich nie stellen würde: Wie schützen wir uns vor China?

Denn China, das war aus deutscher Sicht bislang so etwas wie ein ökonomischer Sehnsuchtsort – mit mehr als einer Milliarde potenzieller Kunden und hohen Wachstumsraten. Im Monatsrhythmus pilgerten deutsche Spitzenpolitiker nach Peking, im Schlepptau die Chefs der deutschen Großkonzerne.

Wenn Angela Merkel an diesem Donnerstag in der chinesischen Hauptstadt aus dem Flugzeug steigt, dann unterscheidet sich ihre Mission von der früherer Reisen. China ist für die deutsche Kanzlerin derzeit nicht mehr nur eine Chance – sondern auch eine Bedrohung. Nach außen verbreitet die Regierung zwar Zuversicht, doch die interne Lageanalyse zeichnet das Bild Chinas als eines aufstrebenden wirtschaftlichen Riesen, der es auf die internationalen Schlüsseltechnologien abgesehen hat und seine Einflusssphäre ausbaut.

Es gibt in der Weltgeschichte Momente, in denen der Beginn einer neuen Epoche fast mit Händen zu spüren ist. Dies ist so ein Moment.

Eine Ahnung davon bekam Merkel vor zwei Jahren. Barack Obama ist auf Deutschlandbesuch, Merkel nimmt ihn mit zur Hannover-Messe, der Leistungsschau der deutschen Industrie. Sie machen halt am Stand des Roboterbauers Kuka. Der Chef des Unternehmens zeigt der Kanzlerin einen Roboterarm, der sich um sich selbst dreht, und erklärt ihr, dass die Maschine auf den Menschen reagieren könne. »Fassen Sie mal an«, sagt er. Merkel greift zu, der Arm hört auf, sich zu drehen.

Wenige Wochen später teilt der chinesische Konzern Midea mit, dass er Kuka übernehmen wolle. Es ist der Beginn einer Abwehrschlacht, wie sie das Land noch nicht gesehen hat. Die Roboter von Kuka haben nur noch wenig zu tun mit den Produktionsapparaten von früher. Sie sammeln Daten, lassen sich vernetzen und lernen dazu. Sie sind die Zukunft. Der Versuch, heimische Konzerne dazu zu bewegen, bei Kuka einzusteigen, bleibt ohne Erfolg. Die Chinesen überbieten alle potenziellen deutschen Käufer.

Hinter vermeintlich privaten Investoren steckt oft der chinesische Staat

China setzt seine Interessen durch – das Muster wird sich wiederholen: Als die Chinesen in diesem Frühjahr bei Daimler einsteigen, lassen sie die Transaktion über Mittelsmänner in Hongkong abwickeln, sodass die deutschen Behörden von dem Vorhaben erst nichts mitbekommen und am Ende vor vollendeten Tatsachen stehen. Die Methodik der Ein-

kaufstour ist in der »Made in China 2025«-Strategie beschrieben, die der Staatsrat des Landes vor drei Jahren verabschiedet hat. Sie soll die Weichen stellen für den Aufstieg der Volksrepublik zur führenden industriellen Supermacht – eine Kampfansage an etablierte Industrieländer. Das würde die Technologisierung Deutschland besonders hart treffen.

Eine Studie der Bertelsmann Stiftung hat alle Beteiligungen chinesischer Investoren an deutschen Firmen in den vergangenen vier Jahren untersucht. Ergebnis: Fast zwei Drittel der Investments fanden in den zehn Schlüsselbranchen statt, die die chinesische Führung in ihrem Strategiepapier ausdrücklich erwähnt, wie etwa alternative Antriebstechnologien, Biomedizin, Robotik. In 22 Prozent der Fälle sind die investierenden chinesischen Firmen mehrheitlich im Staatsbesitz. Und auch formal unabhängige Unternehmen werden in vielen Fällen vom Staat kontrolliert oder erhalten Zugang zu günstigen Krediten.

Das das nicht nur Nachteile hat, zeigt das Beispiel Piräus: Der Hafen gehörte einst der griechischen Regierung, die ihn in der Schuldenkrise an die chinesische Reederei Cosco verkaufen musste. In Griechenland hat diese Entscheidung damals einen Sturm der Entrüstung ausgelöst, doch zuletzt war von den Kritikern nicht mehr viel zu hören. Denn seit die Chinesen hier das Ruder übernommen haben, hat sich der Containerumschlag verdreifacht.

Piräus ist der europäische Knotenpunkt eines Handelsnetzes, mit dem China gerade den halben Globus überzieht: die Neue Seidenstraße – ein gigantisches Infrastrukturprojekt, das die chinesischen Industriezentren mit den Absatzmärkten in Europa verbindet und den chinesischen Unternehmen den Zugang zu Rohstoffen sichern soll. Und so planen und bauen chinesische Ingenieure Schienen, Straßen, Brücken, Pipelines, Kraftwerke und Flughäfen in über sechzig Ländern, die zusammen etwa zwei Drittel der Erdbevölkerung auf sich vereinen – oft ohne Rücksicht auf Umwelt oder Sozialstandards.

In den meisten Ländern sind die Chinesen willkommen. In Kirgisien, Laos oder Montenegro rennen Investoren schließlich nicht die Türen ein. Allein in Pakistan wurden nach Schätzungen des amerikanischen Center for Global Development 50 Milliarden Dollar investiert. Die Kredite dafür kommen jedoch in der Regel von chinesischen Banken. Deshalb stehen einige der an der Seidenstraße gelegenen Staaten inzwischen bei ihnen so tief in der Kreide, dass Christine Lagarde, die Chefin des Internationalen Währungsfonds, unlängst vor einem »problematischen Anstieg der Verschuldung« warnte. Der gefährdet die wirtschaftliche Stabilität – und sichert China Macht und Einfluss: Denn wer legt sich schon mit seinem wichtigsten Gläubiger an? Die Einflusskanäle reichen bis nach Brüssel. Seit einigen Jahren gibt es eine eigene Organisation, die regelmäßige Treffen des chinesischen Regierungschefs mit seinen osteuropäischen Amtskollegen veranstaltet. Deren Generalsekretär: Wang Chao, Vize-Außenminister der Regierung in Peking. Zum Kreis der Teilnehmer gehören: Polen, Ungarn, Tschechien, Rumänien, Bulgarien.

Die Sorge vor der Dominanz ist inzwischen so groß, dass 27 der 28 EU-Botschafter in Peking – der ungarische Vertreter verweigerte die Unterschrift – kürzlich eine gemeinsame Stellungnahme verfassten. Die chinesische Regierung wolle die Globalisierung nach ihren Vorstellungen umgestalten, heißt es in dem Papier. Dadurch verschiebe sich »das Kräfteverhältnis zugunsten chinesischer Unternehmen«. Das kann zum Problem werden, wenn die Chinesen Industrienormen entlang der Seidenstraße so festlegen, dass sie nur durch ihre Firmen erfüllt werden können, und so andere verdrängen werden.

Schon heute berichten ausländische Unternehmer über Gängeleien und Einschüchterungsversuche. Automobilhersteller etwa müssen einen chinesischen Partner mit ins Boot nehmen, Banken höchstens 20 Prozent an der gemeinsamen Bank halten. Das soll sich zwar bald ändern, doch so etwas hat Peking schon häufiger angekündigt – und dann nicht getan. Zuletzt hat die deutsche Außenhandelskammer Alarm geschlagen, weil in vielen Betrieben Parteizellen zunehmend Einfluss auf die Unternehmensführung nehmen wollen.

Können Häfen und Stromnetze vor der Übernahme geschützt werden?

Die Bundesregierung bringt das in ein Dilemma. Deutschland braucht wie kein anderes Land weltweit offene Märkte – und die Volksrepublik ist einer der wichtigsten. Jeder dritte deutsche Neuwagen wird dort verkauft. Aber wie umgehen mit einem Land, das sich nicht an die Regeln hält, wenn man diese selbst nicht brechen will?

Peter Altmaier hat sich entschieden, wie der Fall 50Hertz zeigt. Das ist ein Unternehmen, das in Deutschland etwa 10 000 Kilometer Stromnetz unterhält. Wer 50Hertz beherrscht, der kann theoretisch bei 18 Millionen Menschen das Licht an- oder ausgehen lassen. Und vielleicht in ein paar Jahren auch über die Versorgung mit Daten bestimmen.

Ende 2017 wollte das chinesische Unternehmen State Grid sich an dem deutschen Netzbetreiber beteiligen. Doch Altmaier hingte sich ans Telefon und überzeugte den belgischen Stromnetzbetreiber Elia, die Anteile zu erwerben. Nun will er in Abstimmung mit den anderen EU-Staaten das Außenwirtschaftsgesetz verschärfen. Bisher kann die Bundesregierung erst eingreifen, wenn ein ausländischer Investor mindestens 25 Prozent der Anteile an einem Unternehmen erwirbt; künftig soll die Schwelle gesenkt werden – auf 10 Prozent. Das ist eine der Maßnahmen, die auf Schloss Zieten diskutiert wurden.

So wirft der Aufstieg Chinas auch die Frage nach dem Verhältnis von Staat und Markt neu auf. In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche öffentliche Betriebe verkauft, weil man Unternehmen für effizienter hielt als Behörden. Was aber, wenn die privatisierten Firmen von einem ausländischen Staat übernommen werden? Müssen dann nicht nur Stromnetze, sondern auch Häfen staatlich geschützt werden? Bahnlinien? Telefonkonzerne? Autohersteller? Wäre es besser gewesen, den Griechen einen Teil ihrer Schulden zu erlassen, statt sie zum Verkauf ihrer strategischen Infrastruktur zu zwingen? Muss an wirtschaftspolitische Entscheidungen künftig sehr viel strategischer herangegangen werden?

Die Antwort ist vermutlich nicht Nein.